

Pressemitteilung der ULI-LHG und der Julis Trier

vom 17.06.2009

Kritik beim Bildungsstreik unerwünscht.

Die Unabhängige Liberale Initiative - Liberale Hochschulgruppe (ULI-LHG) hat durch eine Flyeraktion in den letzten Tagen eine kontroverse Debatte innerhalb der Studierendenschaft ausgelöst. Mit "10 Fakten gegen linke Agitation und Meinungsmache" machte die Hochschulgruppe ihre Kritik am sogenannten Bildungsstreik deutlich.

"Auch wir sind mit der Bildungssituation unzufrieden. Wir distanzieren uns jedoch von der Art und Weise des Protestes und der Vereinnahmung der Proteste durch eindeutig linksorientierte Gruppen. So werden gut gemeinte Ansätze aus der Studierendenschaft in einen ideologischen Kontext gesetzt aus dem sie nicht stammen," erklärte Rico Herzog, Vorsitzender der ULI-LHG. "Wir haben immer versucht uns konstruktiv und sachorientiert in die Debatte einzubringen, was von den Organisatoren des Bildungsstreiks konsequent überhört wurde. Anders als in der Presse dargestellt, haben wir uns sehr wohl auch in der Öffentlichkeit sachorientiert und pragmatisch zum Bildungsstreik geäußert," berichtet Herzog weiter.

Auch während der heutigen Demonstration auf dem Viehmarktplatz verteilten Mitglieder der ULI-LHG die Flyer an die Demonstrationsteilnehmer. Die geäußerte Kritik führte jedoch nicht überall zu friedlichen Reaktionen. Mehrfach versuchte man erfolgreich den Verteilenden ihre Flyer aggressiv aus der Hand zu reißen. Außerdem wurden einzelne Mitglieder der ULI-LHG mit Wasser übergossen. "Es ist schon interessant was seitens der Initiatoren des Bildungsstreiks unter Meinungsfreiheit verstanden wird und welches Demokratieverständnis hier vorherrscht. Kritik und Protest scheint nur dann zulässig und akzeptabel zu sein, wenn man auf der richtigen Seite steht," äußert Tobias Schneider, studentisches Mitglied im Senat der Universität Trier und Vorsitzender der Jungen Liberalen (JuLis) in Trier. "Außerdem sollte doch gerade wenn es um das Thema Bildung geht und ein Großteil der Protestteilnehmer Studierende sind, auf Beleidigungen auf unterstem Niveau verzichtet werden. Als Bildungsfaschisten oder Asoziale bezeichnet zu werden zeugt nur von der Intoleranz und ideologischen Verblendung mancher Teilnehmer," erklärte Schneider weiter.

Für die ULI-LHG ist der Streik nicht die Lösung, um die Probleme im Bildungssektor zu beheben. "Wir vertreten die Auffassung, dass Kritik und konstruktive Debatten zur Bildungssituation selbstverständlich wichtig und zu begrüßen sind. Auch wir würden uns über ein durchdachtes Hochschulfinanzierungskonzept und eine sinnvolle Schulstrukturdebatte seitens der SPD-Landesregierung freuen. Allerdings sehen wir andere Möglichkeiten diese Missstände anzugehen, nicht zuletzt durch das Engagement in verschiedenen Gremien und durch Teilnahme an Wahlen," stellte Schneider abschließend klar.